



# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

### Der Fall der Wuchererese.

Zu den für den Verkehr hochwichtigen Fragen, deren Entscheidung im Sinne des Fortschritts jetzt nach langem Kampfe endlich bevorsteht, gehört auch die Frage wegen der Freigebung des Geldverkehrs.

Die Ereignisse des letzten Sommers, welche so viele mittelalterlichen Vorurtheile gebrochen haben, haben auch in Preußen den ersten Stein aus dem schwebend unerschütterlichen Gebäude der Wuchererese herausgerissen; die einzetretene Geschäftsklumpung mit dem drohenden Geipensf eines allgemeinen Bankerotts in unserer Handelswelt bestimmte die Regierung, durch eine ertroyirte Verordnung die Zinsbeschränkungen aufzuheben, welche auf dem Geldverkehre lasteten, soweit derselbe sich nicht auf den Hypothekenverkehre erstreckt. Die wohlthätigen Folgen dieser Massregel machten sich sogleich für jeden, der mit dem Verhältnis des Geschäftsverkehrs zum Geldmarkt vertraut ist, bemerkbar, und Niemand dachte daran, daß der alte Zustand wieder hergestellt werden könne. Dies ist auch nicht geschehen. Allerdings versuchte das Herrenhaus, die mittelalterlichen Zinsbeschränkungen noch einmal zur Geltung zu bringen, aber die Majorität konnte sich doch schließlich nicht gegen die Nothwendigkeit verschließen, den Anforderungen der Neuzeit Rechnung zu tragen und so ist in Preußen dieser Theil der Wuchererese für immer gefallen.

Wenn aber nun durch Aufhebung der Wuchererese für den nicht hypothekirten Geldverkehre die Lage der Darlehensnehmer, welche kein unbewegliches Pfand für das ihnen bewilligte Darlehn geben konnten, eine sehr wesentlich gegen früher verbesserte war, so befanden sich jetzt die Grundbesitzer, welche Darlehne gegen Verpfändung ihres Grundbesitzes suchten, in einer noch viel schlechteren Lage als früher, indem die flüssigen Gelder sich um so mehr dem freien Verkehre zuwandten, als die Lage des Geldmarktes es ziemlich leicht machte, für ganz sichere Darlehne 7—8 Prozent zu erhalten, während man bei Hypotheken nicht mehr als 5 Proz. nehmen durfte, ohne Gefahr zu laufen, als „Wucherer“ mit Zuchthausstrafe belegt zu werden.

Die Wirkung solcher Verhältnisse zeigte sich auch sehr schnell auf dem Geldmarkt, und in der kurzen Zeit von nicht ganz acht Monaten, welche seit Aufhebung der Wuchererese verfloßen ist, hat sich, während im Allgemeinen die Lage des Geldmarktes besser geworden ist, die Lage der Grundbesitzer, und ganz besonders der ländlichen, so sehr verschlimmert, daß man sie fast eine verzweifelte nennen kann.

Von allen Seiten sind Hypotheken gekündigt worden, weil die Darleiher ihr Geld anderweitig werthvoller anlegen wollten, den Eigenthümern war es nur mit schwersten Kapitalverlusten möglich, sich das Geld zu verschaffen, und so mancher von ihnen sah seinen Ruin vor Augen, ohne daß es ihm möglich schien, denselben abzuwenden.

Dieser Zustand mußte nothwendig die Aufmerksamkeit aller dertz auf sich ziehen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, und allgemein wurde der Wunsch laut, den Hypothekenverkehre durch Aufhebung der für ihn noch in Kraft bestehenden Wuchererese von den auf ihn lastenden Fesseln zu befreien, und ihm die flüssigen Kapitalien wieder zuzuwenden. Die Staatsregierung hatte sich schon früher dahin ausgesprochen, daß sie gegen einen solchen Schritt nichts einzuwenden habe, und nachdem das Herrenhaus die erste Verordnung über Aufhebung der Wuchererese genehmigt hatte, war zu hoffen, daß es auch noch einen Schritt weiter geben und die Wuchererese vollständig beseitigen werde. Es war also gegründete Hoffnung vorhanden, daß ein Antrag auf Aufhebung der Zinsbeschränkung auch für den Hypothekenverkehre die Zustimmung sämmtlicher Faktoren der Gesetzgebung erlangen würde, und der Abg. Lasker brachte bei dem Abgeordnetenhaus folgenden Antrag ein:

Wir u. s. f. verordnen, was folgt:

§. 1. Die bestehenden Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes und der Höhe der Konventionalstrafen, welche statt der Zinsen für den Fall der zur bestimmten Zeit nicht erfolgenden Rückzahlung eines Darlehns bebungen werden, sind auch für Darlehne, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum verpfändet wird, aufzuheben.

§. 2. Wird die Zahlung eines solchen Kapitals — §. 1. — verzögert, so bleibt, wenn ein höherer, als der für die

Zögerungszinsen bestehende Zinsfuß bedungen wird, dieser höhere Zinsfuß auch für die Zögerungszinsen maßgebend.

§. 3. Das Recht des Schuldners, ein Darlehn, für welches mehr als sechs Prozent Zinsen oder Konventionalstrafe verabreht sind, jederzeit auch, wenn eine spätere Zahlungsfrist verabreht ist, zu kündigen und nach Ablauf einer dreimonatlichen Frist zurückzuzahlen — §. 1. Min. 2. der Verordnung über die vertragssmäßigen Zinsen vom 12. Mai 1866 — wird hierdurch aufgehoben.

Das Abgeordnetenhaus hat diesem Gesetzentwurf fast einstimmig zugestimmt, nur hat es auf den Wunsch der Regierung den §. 3 dahin abgeändert, daß auch für Hypothekendarlehne jenes Rückzugsrecht des Schuldners beibehalten wird, welches durch die Mai-Verordnung für andere Darlehne bewilligt ist, daß dasselbe aber statt auf 3 Monate auf 6 Monate festgelegt wird. Die Regierung motivirte ihren Wunsch wesentlich damit, daß sie hoffen könne, dem Gesetze mit solcher Aenderung die Annahme im Herrenhause zu sichern. Wir wollen wünschen, daß diese Hoffnung der Regierung sich nicht als trügerisch erweisen möge, und daß somit noch in der kurzen Frist, welche für die jetzige Session des Landtages noch in Aussicht genommen ist, die Wucherergesetze für Preußen vollständig fallen.

Wir haben also hier wieder ein Beispiel, wie eine Institution, die sich überlebt hat, unaufhaltsam zusammenstürzt, wenn erst einmal die Unrichtigkeit ihres Prinzips in so weit erkannt ist, daß man angefangen hat, sie in einem ihrer Theile zu beseitigen.

### Politische Wochenchau.

**Preußen.** Das Abgeordnetenhaus legte am Dienstag die Beratungen wegen Aufhebung der Schuldhaft fort. Obgleich sich die meisten Redner für die Anwartschaft der Schuldhaft aus sprachen, nahm das Haus doch den Kommissions-Antrag auf einfache Tagesordnung an. Möglich, daß viele zu diesem Votum durch die Ausführungen des als Juristen so hochachteten Prof. Sneydt bestimmt worden sind, aber, wie der Abg. Paetzer sehr richtig im Laufe der Diskussion ausführte, Fragen solcher Art immer am leichtesten von Juristen behandelt. Diese stehen auf dem Boden der positiven Gesetzgebung und intendir sie alles von diesem einen Gesichtspunkt aus betrachten, fehlt ihnen oft der offene Blick für die sozialen Schäden der Gesellschaft.

Der Antrag, betreffend den Schwab der Zeitungsberichte über die Verhandlungen des norddeutschen Parlamentes wurde ohne Diskussion angenommen.

Eine Petition aus Frankfurt a. M. betreffend die Rückerstattung der gezahlten Kriegskontribution, giebt zu lebhaftesten Debatten Anlaß. Das Haus ging auf Antrag der Kommission in Berücksichtigung, daß die Regierung begründete Anträge der frankfurter Behörde berücksichtigen werde, und in Ermägung, daß Petent nicht legitimirt ist, im Namen der Stadt Frankfurt zu sprechen, zur Tages-Ordung über. Am Freitag interpellirte zuerst der Abg. Walligorski die Regierung wegen verschiedener Vorkommnisse an der russisch-preussischen Grenze. Der Minister-Präsident Hr. Bismarck antwortete, daß die Regierung den jetzigen Zustand keineswegs billige, aber ihn selbständig zu ändern Hände nicht in ihrer Macht, da Ausland seine inneren Verhältnisse selbstständig regelt. Der einzige Weg sei, die russische Regierung zu überzeugen, daß die Aufhebung des Prohibitions-Systems in

ihrem eigenen Interesse liege. Allerdings könne Preußen sehr schnell eine Aenderung herbeiführen, wenn es mit Ausland ein Zolltarif abschliesse, aber dieser Preis würde doch wohl allgemein als zu hoch erachtet werden.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag auf Verlegung des Etatsjahres auf die Zeit vom 1. Juni bis zum 30. Juni. Der Grund dafür ist, daß die Kammer abdann, wenn sie wie gewöhnlich im Winter zusammentritt, das Budget rechtzeitig zu Ende beraten kann. Die Kommission hatte beantragt, die Regierung nun auszufordern, das Budget dem Hause mindestens 4 Monate vor Beginn des Etatsjahres vorzulegen. Das Haus verworf alle Vorschläge, so daß es fürs erste beim Alten bleibt.

Das Haus tritt darauf in die Beratung einer Petition wegen Steuererhöhung. Ein Föder Piggart zu Linden-berg im Kreise Niederbarnim, welcher als Wahlmann stets den liberalen Kandidaten seine Stimme gegeben, ist in den Jahren 1859—1866 von 6 Thlr. Klassensteuer und 6 Thlr. Gewerbesteuer, auf 30 Thlr. Einkommensteuer und 20 Thlr. Gewerbesteuer allmählich erhöht worden. Die stärkste Erhöhung von 12 Thlr. Gewerbesteuer auf 20 Thlr. und von 12 Thlr. Klassensteuer auf 30 Thlr. Einkommensteuer fand Ende 1865 statt, nachdem das Abgeordnetenhaus am 14. Juni 1865 eine frühere Petition desselben Mannes wegen Steuerüberbürdung unter Zustimmung sämtlicher Abgeordneten und der Regierung selbst der letzteren zur Untersuchung und Abhilfe überwiesen hatte. Mit dieser Untersuchung wurde daselbe Landratsamt beauftragt, welches die Steuerhöhe gegen den Petenten angezogen hatte und der betheiligte Kreisrichter geurtheilt auch nicht, dem Reklamanten zu erwidern: „Warum sind Sie aber auch so lahm vorgegangen?“ Früher hatte derselbe Beamte einmal den Schulden des Betribs bei Revision der Steuerliste über die politische Stimmung im Orte befragt, und als dieser erwiderte, es stünde gar, wenn nur diese Piggart nicht da wäre, auszurufen: „den Kerl wollen wir, den Mann müssen wir steigen“. Kings wurde die Klassensteuer mit einem Fodertrieb von 8 auf 12 Thlr. erhöht. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Piggart in seinen Vermögensverhältnissen in den Jahren fortgesetzter Steuererhöhung anderwärts zurückgegangen ist. Die Kommission beantragt, im Widerspruche mit der Staatsregierung, welche die Einschätzung sachlich angemessen erachtet, die Petition der Regierung zur gerichtlichen Untersuchung und Abhilfe zu überweisen.

Nach sehr lebhaften Debatten nimmt das Haus eine vom Abg. v. Bennin vorgeschlagene motivirte Tagesordnung an. Daraus erledigte das Haus am Sonntag noch eine Anzahl von eingegangenen Petitionen, genehmigte den Antrag wegen der Donauschiffahrt, und verweigerte die von der Regierung geforderte Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung des „Bürger- und Bauernfreundes“.

Das Herrenhaus hat seine Sitzung gehalten.

Aus den Kommissionen des Abgeordnetenhauses theilen wir mit, daß in Bezug auf den Ober v. Ichen Antrag, betreffend die Beschlagsnahme von Druckschriften, die Kommission die Annahme des folgenden Gesetzentwurfes vorschlägt: „Die beschlägliche Beschlagsnahme von Druckschriften, Plakaten und Formen darf mit Ausnahme der gegen die Bestimmungen der §§. 7 und 24 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 verstoßenden Fälle nur auf Grund eines Beschlusses der Gerichtsobtheilung resp. der Reichskammer erfolgen. Durch eine beratige Beschlagsnahme allein wird kein Gerichtsstand begründet.“ (Durch letztere Bestimmung soll festgesetzt werden, daß Anlagen gegen Druckschriften nur dort erhoben werden können, wo dieselben erschienen sind). — Außerdem schlägt die Kommission die An-

nahme folgender Resolution vor: „Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, alle die Freiheit der Presse beschränkenden Präventivmaßregeln, nämlich die Zeitungsteuer, die Konfessionierung der Pressewerke, die Verpflichtung der Kautions-Versicherung, jede Art von Beschlagnahme, sowie die Strafe der Vernichtung von Pressezeugnissen, zu beseitigen.“

Die Verhandlungen der Versammlung der norddeutschen Regierungen zur Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes sind in dem letzten Wochen gar nicht gefördert worden; wie man sagt, machen die kleinen Hüfe alle nur möglichen Anstrengungen, um ihre Souveränität soweit zu retten, als nur möglich. Wenn nun auch bei ihrem Unterhandeln wenig Neigung vorhanden sein wird, sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen, so suchen sie doch diese Neigung dadurch zu erweichen, daß sie darauf hinweisen, wie bei einem Uebertreten der Militärhoheit an Preußen die Steuern in den kleinen Staaten ganz bedeutend steigen würden. Das ist richtig, aber es ist nur eine Folge davon, daß diese Staaten und Städte bis jetzt von Preußen geschützt wurden, ohne daß sie etwas zu den Kosten bezogen. Das wird jetzt ein Ende haben, und die Herren mögen sich sträuben so viel sie wollen, sie werden Preußen nicht der im Jahre 1866 klugig erworbenen Früchte berauben.

Wie in Berlin jetzt vorzugsweise die Parlamentswahlen die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen (vergl.: Aus dem Berliner Begehrleben), so auch im ganzen Lande. Von allen Orten liegen Nachrichten darüber vor, wie die Theilnahme für die Wahlen fortwährend im Steigen begriffen ist. — Der Raum unseres Blattes gestattet uns nicht, alle einzelnen Kandidaten aufzuführen, wir wollten hier nur zweier Erwähnungen gedenken, der von Seite des Dr. Sch. Jacoby, welcher sich nicht bei den Beratungen des norddeutschen Parlaments betheiligen will, und des Grafen v. Bismarck, welcher seine vielen Geschäfte und seine geschwächte Gesundheit als Grund anführt.

In Hannover ist die Deutsche Volkzeitung unterdrückt worden. Es ist zu bedauern, daß die Regierung dieses Organ, welches sich auf die unantastliche Koalition der Demokraten, Particularisten, Reactionäre, Pietisten u. dgl. stützte, nicht hat eines natürlichen Todes sterben lassen.

In Nassau soll die vielbesprochene Domainenfrage endlich ihrem Abschluß nahe sein. Der frühere Herzog erhält nur eine Rente, nicht die Domainalgüter selbst.

**Süddeutschland.** Die süddeutschen Staaten scheinen jetzt ernstlich an eine Vereinigung ihrer militärischen Kräfte zu denken, ohne daß man aber dabei die schließliche Vereinigung mit Preußen außer Augen läßt. In Bayern hat sich der Ministerpräsident bei Eröffnung der Kammer ganz offen in diesem Sinne ausgesprochen, und auch in Darmstadt fängt man an, diese Eventualität ins Auge zu fassen.

**Oesterreich.** Die Anfechtung mit Ungarn scheint jetzt ernstlich betrieben zu werden. — Es ist ein neuer Finanzminister ernannt; sein erstes Geschäft ist der Versuch, eine neue Anleihe zu Stande zu bringen.

**Frankreich.** Der Kaiser hat das „Gebäude gekrönt“, d. h. er hat dem Volke verschiedene Freiheiten in la Napoleon's bewilligt. Wenn die Franzosen jetzt neue Freiheiten bei Licht ansehen werden, so wird sie wohl der alten Reichthum gleichen wie ein Ei dem andern.

**Italien.** Es war in diesen Tagen das Gerücht verbreitet, daß der König Victor Emanuel ermordet worden sei; dasselbe entbehrt nach den neuesten Nachrichten jedes Grundes; es ist nicht einmal eine Spur von einem Attentat entdeckt worden.

## Neueste Nachrichten.

Die identischen Noten der verschiedenen Mächte, durch welche die Anerkennung der Investitur des Fürsten von Rumänien definitiv geregelt wird, sind mit Ausnahme der russischen, die in anderer Form schon erfolgt war, vor einigen Tagen nach Konstantinopel abgegangen.

**London,** Sonnabend, 26. Januar Nachts. Aus New-York vom 23. d. Abends wird gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldagio 35½, Bonds 107½, Baumwolle 34½.

**Paris,** Sonntag 27. Januar, Morgens. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 25. d., durch welches der Senat und der gesetzgebende Körper zum 14. Februar einberufen werden.

**Wien,** Sonntag 27. Januar, Morgens. Gutem Vernehmen nach wird Herr Langrand-Dumonceau aus Brüssel hier erwartet, um mit der Regierung einen Plan zur Americanisation der österreichischen Staatsbahn zu vereinbaren.

## Aus Berlin.

— Aus dem Berliner Vereinsleben. Wir sahen heute in unseren Berichten über die Berliner Wahlbewegung fort, die immer größerartige Dimensionen anzunehmen beginnt und die Thätigkeit der Vereine vollständig absorbt. Allmählig löst sich auch in dem anfänglich chaotisch durcheinander treibenden Bogen der Agitation ein fester Kern in der definitiven Auffstellung von Kandidaten für die einzelnen Wahlbezirke erkennen.

Die selbst von seinen näheren Freunden bekauerte Ablehnung jeder Kandidatur von Seiten Jacoby's hat eine Veränderung der in Vorschlag gebrachten Kandidaturen notwendig gemacht. So wurde am Sonntag in einer Wählerversammlung des zum III. Reichswahlbezirk gehörigen 90. Stadtbezirks fast einstimmig die Wahl Runge's beschlossen, während eine an demselben Tage stattgehabte Wählerversammlung der zu demselben Reichswahlbezirk gehörigen Stadtbezirke 78, 79 und 88 sich ebenfalls einstimmig für die Kandidatur von Moriz Wiggers entschied. Die Kandidatur von Runge ist aber auch von den Wählern des IV. Reichswahlbezirks in Aussicht genommen. Nachdem bereits die liberalen Vertrauensmänner des Bezirks sich für die Kandidatur Runge's entschieden, wurde derselbe am Mittwoch in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung des IV. Reichswahlbezirks mit einmüthiger Zustimmung als alleiniger liberaler Kandidat der liberalen Partei proklamirt. In einer längeren Rede hatte Runge vorher unter allgemeinem Beifall seine Haltung im Abgeordnetenhaus gerechtfertigt; seine Abstimmung gegen die Indemnität, gegen das Militärbudget, für die Annerkennungsgesetze. Ferner erklärte er sich für eine vollständige Verfassung Norddeutschlands und entschied gegen ein Notambudget.

Im VI. und II. Reichswahlbezirk sind die selbstverständlichen Kandidaturen von Schulze-Delitzsch und Walde definitiv als gesichert zu betrachten. Vor einer aus mehr als tausend Wählern der zum VI. Wahlbezirk gehörigen Stadttheile hielt Schulze-Delitzsch am Sonntag eine glänzende Rede über seine Stellung zum Norddeutschen Parlament, in der er sich ganz auf den Boden der von der Volksversammlung in der Reichshalle beschlossenen Resolutionen stellte und sich für die Reichsbesetzung erklärte. Ein Begleiter Schulze's, Advocat Reitzinger aus Paris, brachte ein Hoch auf Westphalen und auf Schulze-Delitzsch, einen der wackersten Bekämpfer deutscher Einheit an. Schulze-Delitzsch

wurde von der Versammlung einstimmig als einziger liberaler Kandidat des VI. Reichswahlbezirks proklamiert.

Oebenfö einstimmig wurden am Donnerstag Abend nach einer glänzenden Rede Lasfer's, den die Herren Flug, Dander und Oberst in wirksamster Weise unterstützten, der erwidrige Veteran der preussischen Demokratie, der leider durch Krankheit aus Zimmer gefesselt Waldeck von einer aus fast dreitausend Wählern bestehenden Versammlung im Eibolsaale auf dem Kreuzberge zum einzigen liberalen Kandidaten des II. Reichswahlbezirks proklamiert. Unter stürmischen Hochrufen auf Waldeck trennte sich die Versammlung nach zweistündigen Verhandlungen in der musterhaftesten Ordnung.

Nicht so einfach gestaltet sich die Wahlbewegung im I. Berliner Wahlbezirk, wo gestern eine Versammlung der gewählten Vertrauensmänner stattgefunden hat. Von zehn Kandidaten, welche in der vorigen Versammlung vorgefchlagen worden waren, hatten nur die Herren Affessor Lasfer und Stadtrichter Diersemengel die Kandidatur angenommen. Es wurde beschloffen, über dieselben nach vorheriger Anhörung sofort abzustimmen. Von großem Interesse waren die Erklärungen beider Kandidaten auf die an sie gestellten Interpellationen, wobei sich herausstellte, daß sich beide wesentlich auf denselben Standpunkt befinden, gegen Aufnahme eines Normal-Stats, wie überhaupt gegen jede Bundesverfassung stimmen wollen, welche das ohnehin spärlich zugemessene Maß der Freiheiten beschränkt. Wir heben ferner noch hervor die Erklärung des Abgeordneten Lasfer über seinen Austritt aus der Fortschrittspartei und die Bildung der nationalen Fraktion. Er betonte, daß die nationale Fraktion durchaus auf dem Boden der Fortschrittspartei liege und daß der Austritt rein durch persönliche Gründe, welche sich der öffentlichen Befriedigung entziehen, bedingt gewesen sei. Die Abstimmmungen ergäben, daß die liberale Partei nach der Sonderung viel geschlossenere aufgetreten sei, als vorher.

Bei der nachfolgenden Abstimmung durch Stimmzettel entschied sich die Versammlung der Vertrauensmänner mit 107 gegen 96 Stimmen, welche aus Herrn Stadtrichter Diersemengel fielen, dafür, daß Herr Lasfer der demnächst einzuberufenden allgemeinen Versammlung der liberalen Wähler des I. Reichswahlbezirks als alleiniger Kandidat vorgefchlagen werden soll.

— Die Stadtverordnetenversammlung hat das Geld zu der beabsichtigten Anlage einer neuen Straße zwischen der Wilhelmstraße und der Anhaltischen Kommunikation verweigert. Wir können den Beschluß nur billigen, denn die Stadt hat nicht nöthig, Geld auszugeben, damit Einzelne großen Vortheil haben. Wenn die Besitzer der anliegenden Grundstücke, welche durch Anlage der Straße eine neue Straßentransport gewinnen, deren Grundbesitz also ganz bedeutend mehr werth wird, zu der Anlage einen ihrem Erwinn entsprechenden Beitrag zahlen wollten, so würde die Stadt gewiß nicht zögern, dem Rest beizutragen. — Hoffentlich wird man, wenn die Frage wegen Veränderung des Potsdamer-Platzes zur Sprache kommt, denselben Grundplatz buldigen, und nicht ungeheure Summen aus dem Stadtsäckel hergeben, um einzelnen Hausbesitzern eine Straßentransport zu schaffen, welche den Werth ihrer Grundstücke über Nacht um 10—20,000 Thlr. erhöht.

— Die Stadt hat dem Könige zur Erinnerung an das glorreiche Jahr 1866 ein kostbares, von Prof. Menzel angeführtes Gedenkblatt überreicht.

— Der König ist in den letzten Tagen etwas unwohl gewesen, doch hat die Erkrankung nach dem Ausspruch der Aerzte in keiner Weise einen bedenklichen Charakter.

— Mit großem Behauern bemerkt man, daß die Desinfektion, welche im vorigen Sommer aus Anlaß der Cholera ziemlich allgemein eingeführt war, wieder fast ganz aufgehört hat. Es wäre wohl eine Aufgabe für die Sanitätspolizei, dafür zu sorgen, daß diese gegen alle Krankheiten zu empfehlende Maßregel beibehalten würde.

## Vermischtes.

† Im Verlage von A. Schöner in Plauen ist die erste Lieferung eines von Dr. A. Rauch herausgegebenen Parlamentarischen Taschenbuchs (2. Aufl.) erschienen. Das Buch soll sämtliche Verfassungen, und außerdem noch eine große Anzahl von Gesetzen und Noten enthalten, welche für die Entwicklung der preussischen und deutschen Verhältnisse von Wichtigkeit sind. Die vorliegende erste Lieferung enthält die Verfassungen von Nordamerika, Maine, Louisiana, Norwegen, Belgien, England, Neapel, Toscana, Piemont, Sardinien, und den Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes. — Wir glauben, daß es für jeden, der sich mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, wichtig ist, nicht nur die Verfassung seines eigenen Vaterlandes zu kennen, sondern daß er auch wissen muß, wie sich dieselbe von den Verfassungen anderer Länder unterscheidet, welche Vorzüge sie vor denselben hat und in welchen Bestimmungen sie noch jenen verbessert werden können. Zu solchen Vergleichen bietet das vorliegende Buch die Möglichkeit, und es wird daher das Erscheinen desselben gewiß vielen erwünscht sein.

† In dem großen nordamerikanischen Bürgerkriege waren Anfangs bei der Nord-Armee viele Strafmaßregeln gegen Deserteurere u. dgl. nothwendig, was sich aus dem Umstande hinlänglich erklärt, daß die Armee essentially ganz neu gebildet wurde, wobei sie viele unpassende Elemente in sich aufnahm. Deserteurere, deren es eine große Anzahl gab, wurden natürlich zum Tode verurtheilt. Bei den Exekutionen wurde nun eine, so viel uns bekannt, in den Europäischen Armeen nicht bestehende Einrichtung eingeführt, welche vom Stantypunkte der Humanität aus gewiß nur gebilligt werden kann. Es wurden nämlich zu jeder Exekution 10 Soldaten kommandirt; die Flinten derselben wurden alsdann von dem kommandirenden Offizier geladen, aber nur neun davon scharf, die zehnte blind. Darauf erhielt jeder sein Gewehr zurück, und Niemand wußte, ob das feine eine Kugel enthalte oder nicht. Nach der Exekution konnte nun jeder der zehn Soldaten sich dem Glauben hingeben, daß er nicht zum Tode seines Kameraden beigetragen habe, da sein Gewehr das blind geladene gewesen sei.

## Briefkasten.

Herrn D. P. in St. Von dem Betroffenen wird uns mitgetheilt, daß ihm nur einige ältere Sahragne des Blattes fehlen. — Herrn K. L. Hlr. Die von Ihnen erwähnte Angelegenheit werden wir nächstens besprechen.

## Theater am Montag.

Opernhaus: Zauberflöte. — Schauspielhaus: Spiel nicht mit dem Feuer. Freund und Feind. — Friedrich-Wilhelmstadt: Aus bewegter Zeit. — Vittoria: Il trovatore. — Wallner: Unsere braven Leute. Eine Weinprobe. — Woltersdorff: Gastspiel der Fräulein Delapierre. Zerkelstrahlen.